

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Norden

am 05.02.2002 um 17.00 Uhr

im Deutschen Haus Norden

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste.

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Eil- und Dringlichkeitsanträgen
4. Beschluss-Nummer 49/2001:
AS Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Norden am 26.11.2001
5. Beschluss-Nummer 63/2002:
AS Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Norden am 13.12.2001
6. Bekanntgaben
7. Beschluss-Nummer 33/2001:
1.1 Satzung zur Festlegung der Schulbezirke für die Schulen in Trägerschaft der Stadt Norden
8. Beschluss-Nummer 38/2001:
1.1 Kapazitätserweiterungen im Kindertagesstättenbereich zum 01.08.2002
9. Beschluss-Nummer 54/2001:
1.1 Bereitstellung von Mitteln für ein Präventions- und Integrationsprojekt am Schulzentrum Wildbahn

4. **Beschluss-Nummer 49/2001:**
 AS Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Norden am 26.11.2001

Der Rat beschließt einstimmig:

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. **Beschluss-Nummer 63/2002:**
 AS Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Norden am 13.12.2002

Der Rat beschließt einstimmig:

Die Niederschrift wird genehmigt.

6. **Bekanntgaben**

Baudirektor Memmen gibt zu einer Anfrage des Rats Herrn Niehusen aus der letzten Ratssitzung bekannt, dass das Straßenbauamt für 2003 die Anlegung eines Fahrradweges vom Ortsausgang Greetsiel bis zum Cirk-senaweg plant. Eine Weiterführung bis zur Hohen Plate ist vom Land nicht beabsichtigt.

7. **Beschluss-Nummer 33/2001:**
 1.1 **Satzung zur Festlegung der Schulbezirke für die Schulen in Trägerschaft der Stadt Norden**

Sach- und Rechtslage:

Die Schulbezirke sind im Primarbereich und Sekundarbereich I entsprechend § 63 II Nds. Schulgesetz (NSchG) durch den Schulträger verbindlich festzulegen. Seit Rechtskraft des Urteiles des OVG Lüneburg vom 21.05.1992 hat diese Festlegung durch Satzung zu erfolgen. In der Stadt Norden als Schulträger galten bisher die historisch gewachsenen Schulbezirke fort. Eine Satzung existiert bislang nicht. Bei unveränderten Schulbezirken ist die folgende Entwicklung an den Norder Grundschulen zu erwarten:

Schülerzahlenentwicklung

	Geburtsjahrgang von/bis	01.07.1995 30.06.1996	01.07.1996 30.06.1997	01.07.1997 30.06.1998	01.07.1998 30.06.1999	01.07.1999 30.06.2000	01.07.2000 30.06.2001
Schulbe- zirk	Einschulung	01.08.2002	01.08.2003	01.08.2004	01.08.2005	01.08.2006	01.08.2007
'001	GS "Im Spiet"	86	104	90	78	92	66
	Züge	4	5	4	3	4	3
'002 - '004	Linteler Schule, einschl. Ekel, Tidofeld und Bargebur	90	106	107	95	81	93
	Züge	4	5	5	4	4	4
'005	GS Süderneuland	44	38	37	37	37	39
	Züge	2	2	2	2	2	2
'006	GS Norddeich	23	12	8	32	13	17
	Züge	1	1	1	2	1	1
'007 - '008	GS Westermarsch / Leybucht polder	26	17	19	16	14	11
	Züge	1	1	1	1	1	1
		269	278	261	257	237	226

Für die Grundschulen Süderneuland, Norddeich und An der Leybucht stellt sich die mittelfristig zu erwartende Schülerzahlenentwicklung als unproblematisch dar, da diese konform mit der baulichen Konzeption der Schulen ist. Die Entwicklung der Schülerzahlen für die Grundschulen Im Spiet und Lintel läuft entgegengesetzt zur Aufnahmekapazität der Schulen. Für Unterrichtszwecke ist i. d. R. nachfolgender Raumbedarf festzustellen:

Zügigkeit	Allg. Un- terrichts- räume (AUR)	Fachunterrichtsräume (FUR) ¹	EDV	Betreuung	Sporteinheiten (SPE)
1	4	1	1	1	1
2	8	1	1	1	1
3	12	2	1	1 - 2	1
4	16	3	1	2	2
5	20	3	1	2	2

¹ Im Bereich der Primarstufe sind an Fachunterricht Musik, Kunst, Gestaltendes Werken und Textiles Gestalten mit einer Gesamtstundenzahl von 15 Wochenstunden pro Zug vorgesehen. Der Fachunterricht in Kunst, Gestaltendes Werken sowie Textiles Gestalten soll i. d. R. im Klassenraum stattfinden können. Die Einrichtung von Fachräumen ist nur bei entsprechender Auslastung vorgesehen.

Grundschule Lintel:

Ausgehend von einer durchgängigen **4-Zügigkeit und 1 - 2 Klassen Schulkindergarten** sind ausreichend Unterrichtsräume vorhanden. In den vorhandenen Räumen kann ein Fachunterrichtsraum für EDV hergerichtet werden. Des weiteren wäre es möglich, vorhandene Räume Theater/Film sowie einen Fachunterrichtsraum für Betreuungsangebote herzurichten und zu nutzen. Es sollten 2 Sporteinheiten vorhanden sein. Durch Nutzung der Turnhalle in Süderneuland und des Frisia-Bades kann eine ausreichende Unterrichtsversorgung sichergestellt werden, so dass diesbezüglich keine Maßnahmen erforderlich sind. Unabhängig von der Zügigkeit der Linteler Schule ist der Ausbau des Verwaltungstraktes unumgänglich. Entsprechende Planungen liegen vor. Die Investitionskosten sind mit 900.000,00 DM zu beziffern.

Unveränderte Schuleinzugsbereiche würden eine teilweise 5-Zügigkeit bedingen. Die hierfür erforderlichen Räume sind nicht vorhanden. Sofern die Schuleinzugsbereiche unverändert bleiben sind Baumaßnahmen und damit Investitionskosten für Schaffung von mind. 4 Stammklassenräumen (teilweise Neubau) unumgänglich.

Grundschule Im Spiet:

Die Grundschule Im Spiet ist 5-zügig konzipiert. Derzeit ist die Schule mit durchgängig 4-zügig; zusätzlich sind ein bis zwei Klassen Schulkindergarten (SKG) sowie der Schule für Lernhilfe (Primarstufe - SOS), derzeit 5 Klassen, untergebracht. Die SOS benötigt den Raum für Psychomotorik sowie pro Klasse einen AUR mit eigenem Gruppenraum. Des weiteren sind bei Bedarf ein bis zwei Ausländer- / Aussiedlerförderklassen einzurichten (derzeit eine Klasse). Zu den vorhandenen Räumen ist anzumerken, dass der Bereich Werkraum / SKG - Spielraum abgängig ist. Umfassende bauliche Maßnahmen werden in den nächsten Jahren unumgänglich. Der Fachraum Medien ist nicht für allgemeine Unterrichtszwecke nutzbar, da dort durch die darunter liegende Heizungsanlage ein relativ hoher Geräuschpegel herrscht.

Der Bedarf an Räumen ist wie folgt festzustellen:

Schulform	AUR	GR	EDV	Betreuung	FUR	SPE
GS	16 (20)	8	1	2	3	2
SKG	1 (2)				Spielraum	
SOS	4 (5)	4 (5)			Psychomotorik	
Ausl./Auss.Kl.	1 (2)	1				
Gesamt	22 (29)	13 (14)	1	2	3 + 2	1 vorh.

(Die Klammerzusätze bezeichnen den Bedarf bei 5 Zügen bzw. die zeitweise mögliche Klassenstärke des SKG, der SOS und der Ausländer-/Aussiedler Förderklassen – diese Maximalzahl ist bei der derzeitigen Entwicklung nicht zu erwarten)

Durch die Einführung der verlässlichen Grundschule entsteht vorerst kein zusätzlicher Raumbedarf. Die Kapazitäten sind für eine 5-zügige GS ausreichend. Die Ausstattung mit Sporteinheiten ist unzureichend. Ein Ausbau der Sportanlagen ist zur Zeit nicht erforderlich, da durch die Benutzung anderer Sportanlagen (Frisia-Bad) eine ausreichende Unterrichtsversorgung im Sportbereich sichergestellt werden kann.

Raumbestand:

	GS Im Spiet	GS Lintel
Allgemeine Unterrichtsräume	27	18
Fachunterrichtsräume	6	5
Sporthalle – 1 Sporteinheit	1	1
Gruppenräume	17	5
	Aula mit Bühne	Film-Theater mit Bühne
	Pausenhalle	Pausenhalle
	Psychomotorik	
	Spielraum	
	Schulbücherei	

Die Folge unveränderter Schulbezirke wäre, dass Ausbaumaßnahmen für die GS Lintel erforderlich würden, wobei gleichzeitig freie Kapazitäten in der GS Im Spiet vorhanden wären. Die Zuordnung des Schulbezirkes '004 "Alte Sielschule" zu GS I "Im Spiet" würde bewirken, dass

- die vorhandenen Räume in der GS I ausgelastet würden,
- die GS II "Lintel" nicht über den Verwaltungstrakt hinaus ausgebaut werden muss.

Schülerzahlenentwicklung – "Alte Sielschule" zur GS I

	Geburtsjahrgang von/bis	01.07.1995	01.07.1996	01.07.1997	01.07.1998	01.07.1999	01.07.2000
		30.06.1996	30.06.1997	30.06.1998	30.06.1999	30.06.2000	30.06.2001
Schulbe- zirk	Einschulung	01.08.2002	01.08.2003	01.08.2004	01.08.2005	01.08.2006	01.08.2007
'001	GS "Im Spiet"	86	104	90	78	92	66
'004	Alte Sielschule	15	12	13	12	20	21
	GS "Im Spiet" neu	101	116	103	90	112	87
Züge		4/5	5	4/5	4	5	4
'002 / '003	Linteler Schule, einschl. Ekel, Tidofeld und Bargebur	75	94	94	83	61	72
Züge		3	4	4	3/4	3	3

Eine ordnungsgemäße Schulwegsicherung ist durch die vorhandenen Ampelanlagen sichergestellt. Der Schulweg für die Schüler verlängert sich in der Regel nicht. Gegen diese Veränderung der Schuleinzugsbe-

reiche spricht, dass die GS I zusätzlich durch Aussiedlerkinder eine noch höhere Belastung als "sozialer Brennpunkt" erfährt. Diese Problematik könnte durch Einstellung eines **Sozialpädagogen** für die Grundschule im Spiet entschärft werden. Aufgrund der dargestellten Situation wird diese Veränderung der Einzugsbereiche seitens der Verwaltung empfohlen, da nur durch diese Veränderung erhebliche Investitionsmaßnahmen für die GS II vermieden und gleichzeitig die vorhandenen Raumkapazitäten genutzt werden können. Ein Satzungsentwurf ist als Anlage beigelegt. Das förmliche Verfahren zur Beteiligung von Behörden, Schulen und Elternvertretern ist eingeleitet. Sobald Stellungnahmen zur Veränderung der Einzugsbereiche eingehen werden diese nachgereicht.

Bürgermeisterin Schlag verweist auf den vorliegenden Verwaltungsvorschlag bittet um Wortbeiträge.

Folgende Beiträge wurden schriftlich zum Protokoll gegeben:

Beigeordnete Kleen führt aus:

„ Dem Zitat von Herrn Sikken im heutigen Kurier, dass im Rat sich wohl alle Parteien darüber einig sind, dass die Linteler Schule unter enormer Raumnot leidet und dringend entlastet werden muss, kann ich im Namen der SPD-Fraktion nur ausdrücklich zustimmen.“

Nachdem uns – der SPD-Fraktion – von verschiedenen Seiten immer neues, z. T. verwirrendes Zahlenmaterial vorgelegt worden ist, erscheint es uns schwierig – wenn nicht unmöglich – zum jetzigen Zeitpunkt eine endgültige Entscheidung zum Thema Schuleinzugsbereiche zu treffen. Der Verwaltungsvorschlag – nur den Bereich 004 (Alte Sielschule) der Schule Im Spiet zuzuordnen, bringt der Linteler Schule zwar in diesem Jahr eine Entlastung von einer Klasse, in den nächsten Jahren bis voraussichtlich 2005 keine weitere Entlastung, d.h. die Linteler Schule bleibt in den kommenden Jahren 4-zügig. Weiterer gravierender Nachteil dieser Neuordnung: es kann nicht sein, dass durch die Zuordnung von 004 zur Schule Im Spiet dort lediglich die Schülerzahlen in der ersten Klasse steigen, aber keine neue Klasse eingerichtet werden kann. Einziger Nutznießer dieser Regelung ist das Land Niedersachsen, weil hier eine Lehrkraft mit 20 Stunden eingespart wird.

Der Änderungsantrag der CDU geht unserer Meinung nach in die richtige Richtung. Die Grundschule II (Lintel) wird auf Dauer (bis auf 2003) 3-zügig, die Grundschule I (Im Spiet) auf Dauer 4- bzw. 5-zügig. Probleme in dem CDU-Antrag sehen wir im Bereich des Einzugsgebietes Tido-feld/Bargebur. Es kann nicht sein, dass diese beiden Ortsteile, die in den letzten Jahren zusammengewachsen sind in Bezug auf die Schuleinzugsbereiche wieder getrennt werden – man denke nur an Burg Tido-feld.

Darum erscheint es uns wichtig, diese Neueinteilung der Schuleinzugsbezirke nochmals grundlegend zu überdenken – einmal im Hinblick auf Chancengleichheit für alle Schüler im Gebiet der Stadt Norden, aber auch aufgrund weiterer Änderungen in der Schullandschaft z.B. Lernen unter einem Dach, hier möchte ich nicht alle weiteren Punkte aufzählen, die schon der Stadtelternrat in seiner Stellungnahme angeführt hat und die auch nach Meinung unserer Fraktion nachdrücklich auch Berücksichtigung finden müssen.

Die Verwaltung wird gebeten eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Eltern einzurichten:

Für die SPD-Fraktion ist wichtig, dass bei der Neueinteilung der Schuleinzugsbezirke für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Norden eine gewisse Verlässlichkeit gegeben ist, d.h. dass diese Neueinteilung über einige Jahre hinweg Bestand hat und nicht schon im nächsten oder übernächsten Jahr erneut geändert werden muss."

Ratsfrau Schmelzle gibt folgende Zusammenfassung ihres Redebeitrages zum Protokoll:

„1. Vorbemerkungen

Bildungssystem im Umbruch

- o Ergebnisse der Pisa – Studie sorgen für Aufbruchstimmung
- o Einführung der Verlässlichen Grundschule im Sommer 2002
- o Projekt Schulen ans Netz
- o mittelfristig Projekt „Lernen unter einem Dach“
- o Abschaffung der Vorklassen

Interview von MP Gabriel im Focus vom 14. Januar zur Einschulung mit 5 Jahren

- o Brief am 23. Januar mit Darlegung der Probleme bei Abschaffung der Vorklassen
 - Wegfall der kompensatorischen Maßnahmen
 - Finanzielle Überforderung der Kommunen bei Schaffung von zusätzlichen Kita – Plätzen bei sinkenden Geburtenzahlen
- o Belastung der Gemeinden durch Investitions- und zusätzliche Personalkosten

Antwort des MP

- o Einschulung mit 5 Jahren „gekippt“ aus pädagogischen u. finanziellen Gründen
- o Übermittlung von 10 Grundsätzen für die Gestaltung der Schulreform (speziell OS)

„Veranstaltungsreigen“

- o 7. Februar hier in Norden mit GEW, Eltern und Lehrern
- o 6. Februar in Sande/Landhaus Tapken mit Mdl Klare (CDU)

2. Thema Schuleinzugsbereiche

- o Ist – Situation
Schule GS II (Lintel) platzt aus allen Nähten
Schule GS I (Im Spiet) verfügt über freie Raumkapazitäten
Jährlich stellen Eltern von 5-10 Kindern Sonderanträge auf Wechsel in andere Schulen
- o Vorschlag der Verwaltung vom 22. November 2001 (nur Bezirk 004 zur Schule Im Spiet) ging bei den Zügigkeiten (Parallelklassen) von falschen Zahlen aus, nämlich einer 5 – Zügigkeit bereits ab 104 Kindern.
- o Berichtigung der Bez.Reg. Weser–Ems mit Schreiben vom 3. Dezember, das besagte:

4 Züge bis 112 Schülern
5 Züge ab 113 Schüler
3 Züge bis 83 Schüler

- o Folge: neue Sicht der Situation

Antrag CDU, Satzungsänderung zu verschieben (zumal seit 1992 ohne Satzung)

Ergebnis: 4 ja, 8 nein, keine Enthaltung

Antrag Wimberg: ohne Beschluss in den VA:

Ergebnis: 4 ja, 5 nein, 3 Enthaltungen

Vorschlag der Verwaltung (nur 004 zum Spiet)

Ergebnis: 3 ja, 2 nein, 7 Enthaltungen

Rechtmäßigkeit als Empfehlungsbeschluss für den VA wird auf eigene Anfrage vom 05. 01. durch die Verwaltung mit Schreiben vom 09. 01. bestätigt.

3. Karussell der Stellungnahmen:

Schulleiter beider betroffenen Grundschulen (09.01., 13.01., 02.02.)
Elternvertreter beider Schulen
Personalrat (der GS I)

4. Suche nach Kompromiss:

Raumnot in GS Lintel zu mildern,

Ausgewogenheit in den Belastungen in beiden Schulen zu finden

- o Abbau der Raumnot in Lintel
- o ähnlich gelagerte Klassenfrequenzen
- o soziale Ausgewogenheit
- o vertretbare Schulwege (sichere Wege zu Fuß, oder entsprechende Transportmöglichkeiten)

Änderungsantrag der CDU – Fraktion zur Beschluss-Nr. 33/2001

Betr.: Änderung der Schuleinzugsbereiche in Norden

Der in den Ausschusssitzung für Bildung und Freizeit am 19.12.2001 mit 3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen gefasste Beschluss ist wie folgt zu ändern:

1. Der Einzugsbereich der „Linteler Schule“ ist zu verkleinern um folgende Bereiche:
 - o Norddeicher Str. Ost
 - o Brummelkamp
 - o Ortsteil Bargebur
 - o Bezirk 004 (Alte Sielschule)
2. Der Einzugsbereich der „Schule im Spiet“ ist um diese Bereiche zu erweitern:

Begründung:

- o Die Grundschule Lintel klagt berechtigt über Raumnot: fehlende Klassenräume, Fachräume usw.
- o Sie sieht sich bei ausbleibender Abhilfe nicht in der Lage, die Verlässliche Grundschule wie beschlossen zum Beginn des nächsten Schuljahres einzuführen.
- o In der Schule im Spiet sind freie Raumkapazitäten vorhanden, die genutzt werden könnten.
- o Dieser Kompromissvorschlag würde die Raumprobleme berücksichtigen und eine gewisse Ausgewogenheit in Bezug auf Belastung beinhalten
 - Klassenfrequenzen
 - soziale Ausgewogenheit
 - gesicherte Schulwege
 - Transportmöglichkeiten per Großraumtaxi in diesem Jahr von Bargebur oder Nutzung der Bushaltestelle Norddeicher Str. Abzweig Fräuleinshof, gegebenenfalls sogar Nutzung der Schwimmbushaltestelle Im Spiet.

- o Obiger Vorschlag ist sicher keine Ideallösung, sondern ein Kompromiss.
- o Die von uns im Fachausschuss vorgeschlagene Vertagung, um unter Berücksichtigung festgelegter Tendenzen in der Schulstrukturreform eine völlige Neueinteilung der Schuleinzugsbereiche zu ermöglichen, wurde abgelehnt mit Hinweis auf die Notwendigkeit der Entscheidung im Februar.
- o Unter dieser Voraussetzung sehen wir in dem Kompromiss gegenwärtig die einzige Möglichkeit, Lintel bereits zum Sommer 2002 zu entlasten und der Schule langfristig eine 3- Zügigkeit zu erhalten, ohne den Standort „Ekel“ zu gefährden. Gleichzeitig wird die Raumkapazität an der Schule „Im Spieß“ besser genutzt, da sie dann mit 4 bis 5 Zügen arbeiten kann.“

Rätsfrau Lütkehus führt aus:

„Es ist bekannt, dass die niedersächsische Landesregierung in letzter Zeit zahlreiche Entscheidungen gefällt hat, die weitreichende Folgen für die Kommunen haben. Im Bereich der Bildungspolitik sind vorrangig

- der Wegfall der Vorklassen,
- die Einführung der verlässlichen Grundschule und
- das Projekt Schulen ans Netz

zu nennen.

Für alle Punkte gilt: Mit der Finanzierung zur Schaffung der dafür notwendigen Rahmenbedingungen sei es nun Raumbedarf für KitaPlätze und Schulen, Personalbedarf in Kitas, Anschaffung und Pflege von Computern lässt das Land die Kommunen in Zeiten angespannter Finanzmittel allein.

Festzustellen ist also: Unsere aktuellen Probleme sind nicht hausgemacht, sie wurden uns von oben übergestülpt.

Die Stadt Norden - und das sind wir alle, meine Damen und Herren, - muss unter den gegebenen Voraussetzungen pragmatisch mit der Situation umgehen.

Die Verwaltung hat ein umfassendes, sorgfältig zusammengestelltes Gesamtpaket vorgelegt, das alle Veränderungen im Bereich der Grundschulen und Kitas berücksichtigt. Dafür möchte ich an dieser Stelle noch einmal meinen Dank sagen. Gesamtpaket bedeutet, dass die verschiedenen Entscheidungen voneinander abhängig sind und nur in ihrer Gesamtheit funktionieren. Und wenn ich mir die Ergebnisse ansehe, denke ich, dass wir in diesem Jahr die Rahmenbedingungen für die Er-

ziehung und Bildung im Vor- und Grundschulbereich in Norden erheblich verbessern, auch wenn die hohen Investitionskosten manchem hier heftige Bauchschmerzen verursacht haben. Dabei sollten wir aber immer daran denken, dass unsere Kinder in diesen Gebäuden ihren Arbeitsplatz haben und einen Großteil ihrer Kindheit verbringen müssen.

Während über die meisten Vorhaben des Gesamtpaketes inzwischen Einvernehmen besteht, ist über die Satzung zur Festlegung der Schulbezirke noch zu diskutieren.

Warum ist eine Änderung der Einzugsbereiche überhaupt notwendig?

Sie wissen, die Einführung der Verlässlichen Grundschule für die Grundschulen Süderneuland, Leybucht polder, Im Spiet und Lintel zum 01.08. des Jahres ist beschlossen. Auch wenn unsere Landesregierung es nicht wahrhaben will, brauchen die Grundschulen zusätzliche Räume für die verlässliche Betreuung.

In **Leybucht polder** wird durch die Umstrukturierung und den Ausbau der erforderliche Platz geschaffen, in **Süderneuland** werden die VK-Räume der Schule zur Verfügung gestellt, die **Schule Im Spiet** verfügt bereits über ein ausreichendes Raumangebot, ja es bleiben noch zahlreiche Räume leer. Anders sieht es in **Lintel** aus: dort werden bereits jetzt 24 Klassen in 23 Räumen unterrichtet, es gibt keine (!) Fachräume oder Gruppenräume. Deshalb herrscht bei den Schulleitern aller genannten Schulen Einigkeit darüber, dass die GS Lintel die Verlässlichkeit nur einführen kann, wenn sie räumlich entlastet wird. Dies kann aber nur über eine Veränderung der Einzugsbereiche geschehen. Wir können es uns einfach nicht leisten, in Lintel über die beschlossenen Maßnahmen hinaus Klassen- oder Fachräume anzubauen und gleichzeitig Im Spiet Räume leerstehen zu lassen. Obwohl seit 1992 die Festlegung durch einen Satzungsbeschluss im Rat zu erfolgen hat, galten in Norden bisher die historisch gewachsenen Schulbezirke. Der Beschlussvorschlag sieht vor, den bisherigen Einzugsbereich 004 Alte Sielschule der Grundschule Im Spiet zuzuordnen und dieses durch Satzung zu beschließen.

Eine Entscheidung darüber kann nicht auf die lange Bank geschoben werden, die Schulen müssen schnellstens Planungssicherheit haben, um das entsprechende Lehr- und Betreuungspersonal anzufordern, die Verwaltung braucht Planungssicherheit wegen der erforderlichen Baumaßnahmen. Weshalb können wir nicht die Schulstrukturreform berücksichtigen, wie es die SPD in ihrem Antrag vorsieht?

Man kann wohl davon ausgehen, dass die SPD-Parteitagbeschlüsse zur Bildungsreform am 2. März auch auf SPD-Landesebene beschlossen werden. Was wir allerdings nicht wissen, ist ob der SPD-Beschluss Gesetz wird, das hängt nämlich mit Sicherheit auch davon ab, ob die SPD die nächste Landtagswahl gewinnt, da haben die Wähler also auch noch ein Wörtchen mitzureden, denn die Vorstellungen der Oppositionspar-

teien zur Bildungsreform sind andere. Mal ganz abgesehen davon, dass unsere Kultusministerin Frau Jürgens-Pieper und unser Ministerpräsident Herr Gabriel uns fast täglich mit neuen Ideen zur Bildungsreform überraschen – gestern kein Sitzenbleiben, heute doch wieder und morgen? Sollte aber der SPD-Beschluss Landesgesetz werden, so ist – einmal unabhängig von der inhaltlichen Auseinandersetzung, die hier nicht zur Debatte steht – für uns als Kommunalpolitiker darin ein Satz von ganz entscheidender Bedeutung, nämlich, ich zitiere: Die Schulträger führen die neue Schulorganisation im Zeitraum bis 2008 ein. Ein Zeitraum, den Schulen und Kommunen ganz sicher auch zur Umstrukturierung brauchen werden, handelt es sich doch um eine noch umfassendere Schulreform als die Einführung der Orientierungsstufen Anfang der 70er Jahre. An der Umsetzung werden wir noch unsere „Freude“ haben und möglicherweise muss dann auch noch einmal über Einzugsbereiche nachgedacht werden, aber wie gesagt:

Bis 2008 – solange kann Lintel aber nicht auf eine Entlastung warten!!!
Insofern bin ich doch mehr als erstaunt über den hier vorgelegten Antrag der SPD. Nochmals: Eine Entscheidung über die Änderung der Einzugsbereiche muss heute fallen, wenn sie Sinn machen soll.

Von verschiedenen Seiten sind Stellungnahmen und Forderungen an die Politik herangetreten worden. Die Fragen zur Schulwegsicherheit, mögliche andere Verschiebungen usw. sind bereits in der Sitzung des Bildungsausschusses am 19.12. beantwortet worden. Darauf möchte ich deshalb hier nicht mehr eingehen. Aber noch ein Wort zu den Emotionen, die in den letzten Wochen und Tagen übergeschwappt sind. Die Arbeit an den Schulen ist anders und schwieriger geworden. Das kenne ich aus eigener Erfahrung, ich bin seit 30 Jahren Lehrerin, die letzten 17 Jahre davon an der Hauptschule in Norden. Die Zahl der verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schüler hat zugenommen, Lehrerinnen und Lehrer müssen zunehmend Erziehungsaufgaben übernehmen und Defizite in diesem Bereich aufarbeiten. Gleichzeitig stieg das Durchschnittsalter der Kollegen, junge Kollegen fehlen. Mit steigendem Alter geht die Belastbarkeit zurück, Beckenbauer spielt auch nicht mehr in der Nationalmannschaft! Soziale Brennpunkte wird es in einer Stadt immer geben. Wir sollten aber nicht übersehen, dass die GS Im Spieß vor einigen Jahren noch über 500 Schüler hatte. Inzwischen gibt es viele Leerstände gerade im Bereich der Brennpunkte, die Schülerzahl ist auf ca. 380 gesunken. Gleichzeitig geht die Zahl der Zuwanderung nicht deutschsprachiger Familien seit einiger Zeit zurück.

Ich akzeptiere und erwarte sogar, dass ein Schulleiter sich vor seine Schüler, die Elternschaft und das Kollegium stellt. Nicht akzeptieren kann ich allerdings, auf welche Weise dies hier geschehen ist. Ein Schulleiter hat es in der Hand, das Kollegium und die Elternschaft so oder so auf einen neuen Tatbestand vorzubereiten: Man kann sagen, da ist ein Problem, packen wir es an. Auch eine sachliche Ablehnung kann ich

hinnehmen. Nicht verstehen kann ich eine globale Verunglimpfung einer Gruppe von Kindern, das Abstempeln der Einwohner eines ganzen Wohnbezirks.

Statt sachlicher Diskussion ist bedauerlicherweise auch in der Elternschaft eine Stimmung erzeugt worden, die in der Äußerung auf einem Plakat gipfelte „Auch unsere Kinder haben ein Recht auf Bildung“, ich empfinde es als eine Ungeheuerlichkeit, innerhalb einer Stadt so mit den Nachbarn umzugehen. Denn ihre Äußerungen richten sich nicht nur gegen uns Politiker, damit hätte ich kein Problem, das muss ich vertragen können, wenn ich hier stehe. Ihre Äußerungen richten sich gegen die Nachbarn auf der anderen Straßenseite und das ist unerträglich. Mit welchem Gefühl sollen denn die Eltern der Kinder, gegen die sie heute demonstrieren, ihre Kinder morgen in die Schule schicken? Egal in welche!

Im übrigen hat sich die Bezirksregierung Weser-Ems in Person des langjährigen ehemaligen Schulrats Herrn Hinz, also ein Kenner der Nörder Verhältnisse, dem vorgelegten Satzungsentwurf zugestimmt und keine pädagogischen Bedenken erhoben. Von Seiten der Schule Im Spiet wird damit argumentiert, die Schüler aus 004 auf dem Schulhof führten zu mehr Aggressionen. Dies gilt aber offensichtlich nicht mehr, wenn noch weitere Schüler zusätzlich dazukommen und die Schule 5-zügig wird.

Auf diesen Zug ist die CDU mit ihrem Änderungsantrag aufgesprungen. Diesem Antrag kann ich aus verschiedenen Gründen nicht folgen.

1. Die Herausnahme einzelner Strassen aus einem Schulbezirk, hier Norddeicher Strasse Ost und Brummelkamp, öffnet der Willkür Tür und Tor. Demnächst streiten sich die Schulen um die Schüler einzelner Straßenzüge oder die Eltern um die Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Schule. Verlässlichkeit ist dann überhaupt nicht mehr gegeben. Wir könnten jedes Jahr eine neue Satzung erlassen. Ganz abgesehen davon, dass es sich hier um einige wenige Schüler handelt, aber sonst würde das Rechenbeispiel der CDU nicht aufgegeben.
2. Dabei bin ich bei den Zahlen angelangt. Inzwischen wissen alle, die sich mit der Problematik ein wenig befasst haben, dass das Zahlenmaterial wenig Aussagekraft hat. Es ist müßig, eine Klassenfrequenz auf 2 Stellen nach dem Komma auf Jahre hinaus zu berechnen, Zuzüge, Abwanderungen, neue Baugebiete, aber auch nicht schulreife Kinder, die in den Schulkindergarten gehen oder Schüler, die in die Sonderschule umgeschult werden sind Unwägbarkeiten, die nicht vorab berechnet werden können.
Da hier aber so viel Wert auf Zahlen gelegt wurde, möchte ich zumindest erwähnen, dass die Berechnung der CDU gleich in 2 Jahren davon abhängig ist, dass kein einziger Schüler in Lintel dazukommt.

Ließen wir Brummelkamp (ich halte diese Änderung wirklich für Unsinn) bei der Linteler Schule, ergäbe sich in Lintel wieder die gleiche Klassenanzahl wie im Verwaltungsvorschlag.

3. Bessere Klassenfrequenzen an allen Schulen wären natürlich wünschenswert. Leider kann ich diese im CDU-Vorschlag ebenfalls nicht entdecken. Im Gegenteil, Klassenstärken von 27 und 28 Kindern kommen gleich zweimal vor! Diese schwanken ansonsten wie immer in verschiedenen Jahrgängen, unterm Strich ist eine Verbesserung nicht zu erkennen.
Akrobatische Zahlenspielerei bringt keinen Vorteil.
4. Der Bereich Bargebur würde bereits vor einigen Jahren von Süderneuland nach Lintel zugeteilt. Dies wäre ein zweiter Wechsel und schon deshalb sollte davon abgesehen werden.
5. Die Schüler aus Bargebur hätten einen Anspruch auf Busbeförderung. Das würde zusätzliche Kosten verursachen und nicht die Zustimmung des Landkreises erhalten. Bisher hat die Schule im Spiet außerdem Fahrschüler vehement abgelehnt. Die fehlende Bushaltestelle wurde als Argument aufgeführt. Sollte das plötzlich anders sein?
6. Etwa doppelt so viele Familien wären von der Änderung betroffen, völlig unnötig, da eine Verbesserung definitiv nicht erreicht wird. Wir verstehen den CDU-Antrag als ehrliches Bemühen, in der Sache hilft er aber nicht weiter. Insofern lehnen wir den CDU-Änderungsantrag ab.

Auch auf den Forderungskatalog des Stadtelternrates möchte ich noch kurz eingehen. Ganz so viele Befugnisse wie dort dargelegt haben wir Kommunalpolitiker leider nicht. Die quantitative Unterrichtsversorgung ist Sache der Landesregierung, ebenso die qualitative, die ist aber auch zusätzlich vom persönlichen Engagement jedes einzelnen Lehrers abhängig. Zu der Schulstrukturreform habe ich mich bereits geäußert, damit werden wir uns in nächster Zeit gründlich auseinander zu setzen haben. Der Ausbau weiterer Klassenräume in Lintel können wir uns wie gesagt angesichts leerstehender Räume im Spiet nicht leisten. Schulstandorte aufzulösen liegt uns fern. Der Stadtelternrat möchte eine komplette Neueinteilung der Schuleinzugsbereiche. Darunter kann ich mir im Augenblick wenig vorstellen, außer man beabsichtigt, die Schüler nach vorheriger Nasenkontrolle kreuz und quer durch die Stadt zur passenden Schule zu fahren.

Zusammenfassung:

Im Vordergrund unserer Überlegungen stand, Lintel sofort zu entlasten und damit die Einführung der Verlässlichen Grundschule sicherzustellen.

- Wir können es uns nicht leisten, angesichts rückläufiger Kinderzahlen bei insgesamt ausreichender vorhandener Kapazität weitere Klassenräume zu bauen.
- Die Schule selbst und die Elternvertreter haben inzwischen noch einmal verdeutlicht, dass die Veränderung der Einzugsbereiche wie

im Satzungsentwurf vorgeschlagen eine hinreichende Entlastung bringt.

- Eine weitergehende Änderung, wie sie von der **CDU** vorgeschlagen wird, bringt keine weiteren Vorteile.
- Eine Verschiebung der Entscheidung, wie von der **SPD** und dem Stadtelternrat befürwortet wird, bedeutet für Lintel, dass die **VGS** in diesem Jahr nicht mehr eingeführt werden kann.

Die im Satzungsentwurf vorgelegte Lösung erscheint uns deshalb mittelfristig die sinnvollste:

Die **GS Lintel** wird unmittelbar zum 01.08.02 entlastet. Damit ist die Einführung der **VGS** gesichert. Die voraussichtlich weitere Entwicklung der Schülerzahlen im überschaubaren mittelfristigen Zeitraum, d. h. in den nächsten 5 – 6 Jahren wird eine weitere Entlastung bringen.

Politik muss Konstanz und Berechenbarkeit aufrecht erhalten, Einzugsbereiche dürfen nicht von Jahr zu Jahr disponibel sein.

Deshalb werden wir dem hier vorgelegten Satzungsentwurf unverändert zustimmen."

Beigeordneter Wimberg antwortet auf den Beitrag der Ratsfrau Lütkehus, dass aufgrund der schwierigen Auseinandersetzung in der Stadt ein vorsichtiger Umgang mit emotionalen Äusserungen geboten sei. Zudem sollte die Bildungspolitik auf Landesebene in der Diskussion aussen vor bleiben.

Die SPD-Fraktion habe lange diskutiert, es müsse jetzt versucht werden, einen echten Kompromiss zu finden. Die GS Lintel sei in den letzten Jahren stark vernachlässigt worden; das müsse geändert werden. Die GS Im Spiet dürfe nicht noch mehr belastet werden. Der Verwaltungsvorschlag sei keine kurz- oder mittelfristige Lösung. Deshalb werde vorgeschlagen, ein Gremium zu finden, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

Ratsfrau van Gerpen ist der Auffassung, dass die Zeit für eine Arbeitsgruppe nicht mehr da ist. Die Verwaltung habe unter der Vorgabe des Ratsbeschlusses zur Einführung der verlässlichen Grundschule sehr intensiv gearbeitet. Sie werde dem Vorschlag folgen.

Bürgermeisterin Schlag übergibt den Vorsitz an 1. stv. Bü. Reinders und begründet ausführlich den Verwaltungsvorschlag und geht dabei auf die Diskussion im Vorfeld der Ratssitzung ein. Der vorliegende Vorschlag sei das Ergebnis einer zweijährigen Diskussion. Deshalb müsse eine Entscheidung getroffen werden.

Bürgermeisterin Schlag übernimmt den Vorsitz wieder.

Beigeordneter Wimberg betont, dass alle die Einführung der verlässlichen Grundschule wollen. Der Verwaltungsvorschlag beinhalte jedoch keine Alternativen. In Lintel könnte z. B. ein zusätzlicher Klassenraum geschaffen bzw. der Schulkindergarten in die GS Ekel verlegt werden, bevor in einer Arbeitsgruppe die endgültige Neueinteilung der Bezirke festgelegt worden sei.

Ratsfrau Lütkehus entgegnet, dass die SPD-Fraktion genügend Zeit gehabt habe entsprechende Änderungsanträge zustellen.

Ratsfrau Kleen beantragt eine 15-minütige Sitzungsunterbrechung.

Beigeordneter Sikken stellt danach folgenden gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion:

- Spiet soll langfristig 4-5 Zügigkeit bekommen
- Lintel behält langfristig die 3 Zügigkeit
- Die Verwaltung soll Vorschläge unterbreiten und gleichzeitig eine Arbeitsgruppe einsetzen: Verwaltung + 3 Mitglieder des Stadtelternrates + 1 Mitglied jeder Fraktion + 1 Vertreter GS Im Spiet + 1 Vertreter GS Lintel.

Auf Nachfrage der Bürgermeisterin wird der Antrag wieder geändert; statt 3 Mitglieder des Stadtelternrates nun: Vorsitzende Stadtelternrat.

Weiter Beigeordneter Sikken: Die Schuleinzugsbereiche sollen zu Beginn des Schuljahres umgestellt werden. Die Vorschläge sind bis zum 01.08. für das gesamte Stadtgebiet zu erarbeiten.

Dazu Beigeordnete Kleen: Wegen des Zeitdruckes ist ein Vorschlag bis Ostern erforderlich. Sie wiederholt, dass in der Arbeitsgruppe 1 Vertreter der GS Im Spiet und 1 Vertreter der GS Lintel und die Vorsitzende des Stadtelternrates vertreten sein soll.

Ratsfrau van Gerpen: „Da das ganze Stadtgebiet betroffen ist, muss jede Schule beteiligt werden.“

Ratsfrau Schmelzle: „Alle Grundschulen müssen dazu genommen werden.“

Bürgermeisterin Schlag fasst die Beiträge wie folgt zusammen und lässt darüber abstimmen:

Der Rat beschließt:

1. An der GS Im Spiet soll langfristig die Vier- bis Fünfügigkeit und an der GS Lintel die 3-Zügigkeit gesichert werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit einer Arbeitsgruppe (je 1 Parteienvertreter, Vorsitzende Stadtelternrat, je 1 Vertreter aus den GS, Verwaltung) unter diesen Vorgaben einen Vorschlag zur Änderung der Schuleinzugsbereiche für das gesamte Stadtgebiet zu erarbeiten und bis zur Ratssitzung am 07.03.2002 vorzulegen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	16
	Nein-Stimmen:	12
	Enthaltungen:	3

8. Beschluss-Nummer 38/2001:

1.1 Kapazitätserweiterungen im Kindertagesstättenbereich zum 01.08.2002

Sach- und Rechtslage:

Auf die Sitzungsvorlage zum gleichen Thema zur Jugendausschusssitzung am 12.9.2001, Beschlussnummer 1712/01, wird verwiesen.

Bedarf an Kiga-Plätzen

Zu diesem Thema liegen keine neuen Informationen vor. Die o.g. Sitzungsvorlage ist somit noch aktuell. Hauptaussagen hieraus:

1. Der **Bedarf für das Jahr 2002** könnte auf **150 zusätzliche Plätze** festgelegt werden. Hält der jetzt erkennbare Trend an, wird der zusätzliche Bedarf **bis 2006 auf ca. 50 Plätze absinken**.
2. Die **Nachfrage an Vormittagsplätzen ist sehr hoch**, die Besetzung von Nachmittagsplätzen eher schwierig.

Vorschlag: 50 dauerhaft Vormittagsplätze aufbauen, diese durch 100 vorläufige Plätze ergänzen.

Kosten

Die anliegende **Zusammenstellung der Investitions- und Betriebskosten** ist aktualisiert worden. Es haben sich folgende Veränderungen ergeben: